



Nr. 3/2011

Antifaschistische Bochumer Blätter

Information der VVN - Bund der AntifaschistInnen

Stolperstein Julius Eversberg:

Ehrung für einen Widerstandskämpfer

Am 19. September wurden in Bochum auf Initiative von Bürgerinnen und Bürgern mit Unterstützung des Stadtarchivs wieder zahlreiche Stolpersteine verlegt. Zu den auf diese Weise in Erinnerung Gerufenen gehört auch Julius Eversberg, der in Linden lebte und auf der Henrichshütte in Hattingen gearbeitet hatte.

Nach der Errichtung der Nazi-Diktatur hielt Eversberg, seit 1923 Mitglied der KPD, Kontakt zu seinen Genossinnen und Genossen, hörte ausländische Rundfunksendungen und unterstützte Aktivitäten, die sich gegen den Faschismus und Krieg richteten. Mehrfach verhaftet und misshandelt wurde der Antifaschist am 19. April 1945 mittags in Dortmund-Bünnighausen von der Gestapo erschossen. Wenige Stunden später befreiten britische Truppen Dortmund von Faschismus und Krieg. Die Präsentation der Rechercheer-



Der Stolperstein

gebnisse der Initiatoren für die dies-jährig gestifteten Stolpersteine findet am Mittwoch, 16. November um 17:00 Uhr im Stadtarchiv, Wittener Str. 47 statt.



*Gunter Demnig bei der Verlegung des Stolpersteins an der Hattinger Straße
(Foto / StA Bochum / Halver)*

Schmierereien und Drohungen:

Rechte Hetze in Hamme und Langendreer

Im Stadtteil Hamme hat eine offensichtlich neonazistische Gruppe an Hauswänden der Hofsteder-, Feldsieper-, Robert- u. a. Straßen Hakenkreuze geschmiert.

Die große Anzahl der Schmierereien weist darauf hin, dass es sich hier um eine gezielte und geplante Aktion gehandelt hat.

Ebenso in Langendreer. „In den vergangenen Wochen häuften sich die Beschwerden etlicher Anwohnerinnen und Anwohner im Bereich Alte Bahnhofstraße/Wiebuschweg über Nazi-Schmierereien an Häusern und Autos und über nächtliches Gegröle nazistischen Inhalts“, schreibt das örtliche Magazin „Dorfpostille“ in ihrer letzten Ausgabe. Die Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung berichtete: „Es ist ungemütlich geworden im Kiez, seit sich eine Gruppe Rechtsradikaler in der Alten Bahnhofstraße eingenistet hat.“ Gruppen ziehen Parolen schreiend durch das nächtliche Langendreer um zu provozieren. Sprüche wie „Zecke verrecke!“, waren zu hören. Hakenkreuze sprühten rechte Täter ans Amtgericht, auf Autos und öffentliche Einrichtungen. Die gesprühte Zeile „White Power“ zeigt die rassistische Haltung dieser Kreise, die sich nach Hitlers arischer weißer Macht sehnen.

Positiv ist, dass sich überall Widerstand gegen diese Kreise bildet. Flugblattaktionen, runde Tische und Initiativen bilden ein Gegengewicht. Besonders wichtig aber wird sein, dass sich auch viele Anwohnerinnen und Anwohner engagieren.

Politiker mit brauner Weste (Teil 1, zur FDP)

Die verdrängte Vergangenheit in Politikerbiografien

Bis heute verdrängt wird die braune Vergangenheit von vielen Politikern, die auf allen Ebenen der Politik in den ersten zwei Jahrzehnten der Bundesrepublik aktiv waren. Viele, die bis 1945 Mitglieder der NSDAP, SS, SA oder anderer NS-Organisationen waren, gehörten zu den prägenden Gestalten der westdeutschen Nachkriegszeit. In Handbüchern und offiziellen Biografien wurde die Zeit von 1933 bis 1945 meist ausgeklammert, in Entnazifizierungs-Verfahren vielfach falsche Angaben gemacht. Schon 1949 erfolgte eine weitgehende Amnestie für Naziverbrecher, 1951 ermöglichte die Adenauerregierung eine Rückkehr von belasteten Angehörigen des Öffentlichen Dienstes aus der Nazizeit.

Viele Beamte, Richter, Staatsanwälte, Lehrer konnten so in ihren Ämtern bleiben oder zurückkehren. Während Widerstandskämpfer gegen den Faschismus schon wieder verfolgt, aus dem öffentlichen Dienst entfernt, die FDJ und andere Organisationen verboten wurden und die Adenauer-Regierung selbst ein Verbot der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) anstrebte¹, konnten braune Seilschaften und Netzwerke innerhalb von CDU und FDP gebildet werden, einen bestimmten Einfluss auf die Politik nehmen und die Politik der Restaurierung der alten Macht- und Besitzverhältnisse mitgestalten.

Zu diesem Zeitabschnitt der Geschichte unseres Landes lieferte vor einiger Zeit die VVN in einer Broschüre politische Hintergründe. Auf „das vergessene braune Erbe“ im Landtag von NRW wies vor einigen Monaten die Partei Die Linke im Landtag von NRW mit einer Untersuchung über die Nazivergangenheit von Abgeordneten im Landtag von NRW hin.²

Im Fall der FDP in NRW lässt sich eine regelrechte und systematische Unterwanderung des Landesverbandes und von Kreisverbänden feststellen. Ausgehend von früheren Nazi-Propagandisten wie Hans Fritsche, Werner Naumann und dem

früheren Hamburger NS-Gauleiter Karl Kaufmann bildete sich der sogenannte Naumann-Kreis. Ziel dieses Kreises war es, frühere Mitglieder und Funktionäre des Hitler-Faschismus für die FDP zu gewinnen

SS-Einsatzgruppenleiter und Wolfgang Diewerge, enger Mitarbeiter von Goebbels, der schon bald persönlicher Referent des FDP-Landesvorsitzenden Friedrich Middelhaue geworden war. Der NRW-Landesverband bot bereitwillig Altnazis in ihren Reihen eine neue politische Heimat. „Mit all ihren zur Verfügung stehenden Mitteln setzte sich die FDP für eine Rehabilitierung von NS-Kriegsverbrechern ein.“⁴

Den Einfluss, den diese Personen und Kreise auf die FDP in der Nachkriegszeit nahm, war enorm, ihr sogenannter „nationalliberaler Flügel“ hatte bis zum Ende der 1960er Jahre einen bestimmenden Einfluss auf die Politik und Programmatik der Partei.⁵ Sein Einfluss reichte bis in die Landes- und Bundesregierungen, in denen die FDP als Koalitionspartner vertreten war. Selbst als die britische Besatzungsmacht den Naumann-Kreis offen attackierte und ein Verfahren gegen deren führende Repräsentanten beim Bundesgerichtshof eingeleitet⁶ hatte, konnte das den Einfluss

dieses braunen Netzwerkes nicht behindern. Die umfangreiche und systematische Aufarbeitung, insbesondere der Frage, in welchen Bereichen, bei welchen Gesetzen und Beschlüssen diese Kreise die Politik mitbestimmen bzw. bestimmen konnten, steht bis heute aus.



Wahlplakat der FDP 1949³

und Einfluss auf die Programmatik und Arbeit der FDP zu nehmen. Aus diesem Kreis trat schon bald der Essener Rechtsanwalt Ernst Achenbach hervor, der zahlreiche Nazis verteidigte und eine Art Scharnierfunktion zwischen dem Naumann-Kreis und der FDP übernahm. Hinzu kamen u. a. Franz Alfred Six, ein ehemaliger SS-Brigadeführer und

Fortsetzung auf S. 3

Fortsetzung von S. 2

Politiker mit brauner Weste (Teil 1, zur FDP)

Vier beispielhafte Karrieren:

Achenbach, Ernst (1909-1991)

Studium der Rechtswissenschaften, 1932 Promotion und im Justizdienst tätig. 1946 Rechtsanwalt in Essen. Verteidiger von zahlreichen Nazi-Verbrechern, u. a. auch in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen. In Essen als Anwalt und Notar tätig mit großem Einfluss auf Betriebe der Schwerindustrie des Ruhrgebietes.

1950-1958 FDP-Landtagsabgeordneter, 1957-1976 Mitglied des Bundestages, 1962-1976 auch Mitglied der beratenden Versammlung des Europarates und der Westeuropäischen Union, Vorsitzender des FDP-Arbeitskreises für Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik.

Seine Berufung als EG-Kommissar scheiterte wegen seiner NS-Vergangenheit. 1971 besetzte eine Gruppe junger Franzosen mit Beate Klarsfeld an der Spitze Achenbachs Rechtsanwaltsbüro und brachte dessen Mitwirkung an der Deportation von 100.000 Juden in die Konzentrationslager an die Öffentlichkeit. Unter dem Druck der Öffentlichkeit musste Achenbach seinen Rückzug einleiten und 1976 auf eine erneute Bundestagskandidatur verzichten. Er erhielt das Große Bundesverdienstkreuz.

NSDAP-Mitglied seit 1.12.1937 (Mitglieds-Nr. 1 705 933). 1936-1944 Tätigkeit im Auswärtigen Amt. Von 1940-1943 Leiter der Politischen Abteilung der deutschen Botschaft im besetzten Paris.⁷

Düsterloh, August (1899-1977)

Verwaltungsangestellter in Hattingen, Schwelm und Wuppertal. 1923 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Sprockhövel und SA-Sturmchef. Nach 1945 Fuhrunternehmer und später FDP-Vorsitzender in Sprockhövel. 1952-1964 Mitglied des Gemeinderates von Niedersprockhövel bzw. Sprockhövel.

Mitglied der NSDAP seit 19.7.1923, Leiter der Ortsgruppe Hattingen. 1926-1930 Leiter der OG Barmen, 1930-1932 des Bezirks Hattingen. Mitglied der SA und Obersturmbannführer der SA-Standarte 99 Ruhr. 1933 Leiter des Amtes Hattingen, Mitglied des Kreistages und des westfälischen Provinziallandes. 1939-1945 Oberbürgermeister von Wattenscheid. Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP.⁸



August Düsterloh

Fritsche, Hans (1900-1953)

Der in Bochum geborene Sohn eines Postdirektors wurde nach dem Studium Journalist und Autor. 1923 Redakteur der Telegraphen-Union, 1932 Leiter des „Drahtlosen Dienstes“, einer Nachrichtenagentur für den Rundfunk. Ab 1950 Werbeleiter für verschiedene Firmen. Fritsche schrieb in den frühen 1950er Jahren Bücher zur Verharmlosung des Naziregimes. Obwohl er nicht Mitglied der FDP gewesen sein will, gehörte er dem Naumann-Kreis an und war führend an programmatischen Ausarbeitungen der FDP beteiligt.

NSDAP-Mitglied seit 1.5.1933, 1933 Abteilungsleiter im Reichspropagandaministerium, 1942 Leiter der Rundfunkabteilung des Goebbels-Ministeriums und verantwortlich für die Durchhalteparolen im Rundfunk. Am 2. Mai unterzeichnete er als Regierungsbeamter die Kapitulationserklärung für Berlin. In Bayern im Rahmen eines Entnazifizierungsverfahrens zu 9 Jahren Arbeitslager verurteilt, aber nach kurzer Zeit amnestiert.⁹

Wilde, Eberhard (1924-2004)

Nach dem Abitur Angehöriger der Wehrmacht. 1946-1948 im Bergbau

tätig. 1948 Versicherungsvertreter, 1954 selbstständiger Versicherungskaufmann.

1951 Mitglied der FDP, 1957 FDP-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Bochum, 1963 FDP-Kreisvorsitzender in Bochum, 1970-1975 Mitglied des Landtages und stellv. Fraktionsvorsitzender.

SS-Mann seit 31.8.1944, Untersturmführer, SS-Division „HJ“, die an Kriegsverbrechen in Frankreich beteiligt war.¹⁰

Von 75 Landtagsabgeordneten der FDP waren nach der Studie der Linkspartei 16 Mitglieder der NSDAP, davon 4 SS-Angehörige. Darunter waren auch 6 Fraktionsvorsitzende (Reinhard Beine, Herrmann Kohlhase, Heinz Lange, Willy Weyer, Eberhard Wilde). Nur einer, der 1970 zur CDU übergetretene Lange, hat seine NSDAP-Mitgliedschaft zugegeben.

In der nächsten Ausgabe der Antifaschistischen Bochumer Blätter folgt Teil 2, der sich mit der CDU beschäftigt.

Günter Gleising

¹ 1951 beantragt, 1965, nach einer großen internationalen Solidaritätskampagne gescheitert.

² Gleising/Kunold: 60 Jahre Tätigkeit der VVN in Bochum und Wattenscheid, Bochum 2006; Klepsch, Dr. Michael (Autor), Fraktion Die Linke im Landtag NRW (Herausgeber): 60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen – Das vergessene braune Erbe, Düsseldorf 2011

³ Gleising/Kunold, Seite 24

⁴ Klepsch, Seite 13

⁵ Nach Bildung der SPD/FDP-Bundesregierung 1969 und der Einleitung einer neuen Ostpolitik spalteten sich diese Teile von der FDP ab. Ein größerer Teil bildete die National-Liberale-Aktion (NLA), andere gingen zur CDU oder NPD/Aktion Widerstand.

⁶ 1953 vom 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofes eingestellt.

⁷ Munzinger-Archiv, Eintrag „Achenbach, Ernst“; Klepsch, Seite 24

⁸ Wattenscheider Zeitung 3.4.1939; Berger-Frerich, Karlheinz: Stadtplan Sprockhövel im Nationalsozialismus 1933-1945, Sprockhövel 2002. Düsterloh wurde nach 1945 einige Zeit wegen seiner Tätigkeit als hoher NS-Verwaltungsbeamter inhaftiert, dann aber amnestiert.

⁹ Bonacker, Max: Goebbel's Mann beim Radio. Der NS-Propagandist Hans Fritsche, München 2008, Seiten 15, 20, 30 usw.

¹⁰ www.landtag.nrw.de/portal, Eberhard Wilde; Klepsch, Seite 26

»Sie wollen Mörder als Nationalhelden«

Die litauische Justiz ermittelt gegen einen früheren jüdischen Partisanen, weil er Faschisten beleidigt haben soll. Ein Gespräch mit Joseph Melamed, Vorsitzender der Vereinigung litauischer Juden in Israel der in Tel Aviv lebt.

Auf Bitten der litauischen Justiz kamen am Dienstag vergangener Woche israelische Polizisten in Ihr Büro. Was wirft man Ihnen vor?

Die Polizei kam einem Rechtshilfeeuchen des litauischen Staates nach. Ich soll angeblich Nationalhelden verunglimpft haben – und zwar in einer Broschüre, die ich schon 1999 veröffentlicht hatte. Die Polizisten waren sehr freundlich und rieten mir, nicht nach Litauen zu fahren, weil ich dort wahrscheinlich festgenommen würde. Sie wollten von mir wissen, ob ich den Text selbst geschrieben habe, was der Fall ist. Ich habe ihnen das Material gezeigt, das ich habe, und es schien sie zu überzeugen.

Was hat es mit diesen Nationalhelden auf sich?

Ich hatte neun litauische Männer namentlich erwähnt, die am Holocaust beteiligt waren. Ich habe Beweise dafür, dass sie nicht nur einfache Mörder waren, sondern die Morde regelrecht angeführt haben. Einer von ihnen hat zum Beispiel ein Pogrom in einer Stadt nahe Kaunas angeführt. Er hat dem Rabbi den Kopf abgeschlagen und den Kopf auf einer Fensterbank ausgestellt.

Hatten Sie 1999 die litauischen Behörden informiert?

Ja, selbstverständlich habe ich das. Noch bevor ich das Journal herausgegeben hatte, habe ich es dem litauischen Botschafter geschickt. Aber es gab nie eine Reaktion. Und wissen Sie, warum? Das ist sehr einfach – weil damals all diese Leute noch gelebt haben. Gegen die hätte ermittelt werden müssen, aber statt dessen wurde gar nichts unternommen. Erst jetzt, wo sie alle gestorben sind, starten sie eine Untersuchung, und zwar gegen mich.

Wie kommt Litauen dazu, diese Männer als Nationalhelden zu bezeichnen?

Sie sagen natürlich, es sei nicht wahr, dass diese Leute jemanden getötet

hätten. Sie behaupten, es seien wunderbare junge Männer gewesen, die für die Freiheit ihres Landes gekämpft hätten. Dabei zeigen die Dokumente im Simon-Wiesenthal-Zentrum bei Yad Vashem das Gegenteil. Die Litauer ehren die Leute, die 1941 mit den Nazis gegen die Rote Armee gekämpft haben, und dafür sind sie anscheinend auch bereit, die Mörder von Juden zu ehren.

Wie kommt das?

Es hat in Litauen Tausende Mörder gegeben. Litauische Truppen haben auch außerhalb des Landes viele Juden getötet. Aber es ist nie einer bestraft worden. Das ist typisch für dieses Land.

Haben Sie persönlich Erfahrungen mit litauischen Kollaborateuren gemacht?

Das nicht, sonst wäre ich jetzt wahrscheinlich nicht mehr am Leben. Ich bin 1943 aus dem Ghetto von Kaunas geflohen und habe mich den Partisanen angeschlossen. Aber ich habe mich als Vorsitzender der Vereinigung der litauischen Juden intensiv mit diesen Vorgängen beschäftigt.

Es ja nicht das erste Mal, dass Litauen gegen ehemalige jüdische Partisanen vorgeht. Vor einigen Jahren wurden mehrere frühere Kämpfer bezichtigt, Kriegsverbrechen begangen zu haben. Warum verhält sich Litauen so?

Um vorzuführen, dass nicht nur Litauer getötet haben, sondern auch die Partisanen. Und noch spezieller: dass auch die Juden getötet haben. »Ihr habt Litauer getötet, also haben wir Juden getötet«, das ist die Logik. Dabei haben die Litauer zusammen mit den Deutschen fast 220.000 Juden umgebracht. In den Dörfern haben die Deutschen selbst fast nichts unternommen, die Litauer haben die meisten Morde allein begangen, und nur hin und wieder kam ein Deutscher, um nachzusehen und Kommandos zu geben.

Hatten Sie denn vor, nach Litauen zu reisen?

Nein, daran bin ich ohnehin nicht interessiert. Ich habe dort den größten Teil meiner Familie verloren. Und jetzt, wo sie dort wieder Aufmärsche zu Hitlers Geburtstag machen und Hakenkreuze wieder erlaubt sind – ich wäre nicht in der Lage, das auszuhalten.

Was erwarten Sie jetzt von den Behörden?

Ich erwarte gar nichts. Die Litauer wollen diese Leute als Helden ansehen und lassen sich davon nicht abhalten. Ich lasse mich aber nicht abschrecken, die Geschichte des Holocaust gegen ihre Verfälschung zu schützen.

Aus: *Junge Welt* 12.9.2011,
Das Gespräch führte Frank Brendle

Literaturhinweis

Lutz Berger, Christine Eiselen, Volker Gerwers



Verachtet, vertrieben, verfolgt.

Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums. Heft Nr. 7

Die Verfolgung der Sinti und Roma in Bochum und Wattenscheid

Verachtet, vertrieben, verfolgt.
Die Verfolgung der Sinti und Roma in Bochum und Wattenscheid. 3,50 Euro
Bestellt werden kann die Broschüre unter: info@vvn-bda-bochum.de

Antifaschismus

Gedenkveranstaltung der VVN - BdA:

Dem Neonazismus entgegen treten!

Der zweite Sonntag im September wurde 1946 von den Überlebenden der Konzentrationslager und Haftstätten zum Gedenktag für die Opfer des Faschismus ins Leben gerufen.

Auch in diesem Jahr hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen an diesem traditionellen Tag der ermordeten Widerstandskämpfer gegen den Faschismus und Krieg mit einer Kranzniederlegung gedacht.

Am 11. September hielt Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN - Bund der AntifaschistInnen, die Gedenkrede und sprach sich dafür aus, dem Neonazismus entschieden entgegenzutreten und für eine Welt des Friedens zu kämpfen.



Das Denkmal auf dem Friedhof Freigrafendamm

Gedenken

Saure Wiesen: Aus der Anonymität herausholen

Ein neuer Gedenkort entsteht

Der Ausschuss für Kultur und Sport und die Bezirksvertretung Mitte haben vor wenigen Tagen das Konzept für den Gedenkort „Saure Wiese“ beschlossen. In der Beschlussvorlage der Verwaltung heißt es zur Entstehungsgeschichte des Projektes:

„Im Zusammenhang mit der geplanten Sanierung der ehemaligen Kippe „Saure Wiese“ an der Ahabachstraße regte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) 2006 an, in geeigneter Form an die historische Bedeutung des Ortes zu erinnern: Auf dem nordwestlichen Teil des Geländes befand sich im Zweiten Weltkrieg ein Zwangsarbeiter-

lager des Bochumer Vereins (BV). Die Verwaltung griff die Anregung auf und bildete einen Arbeitskreis, dem die VVN, das Kulturbüro und das Stadtarchiv – Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte angehörten. In enger Kooperation mit dem Umwelt- und Grünflächenamt wurde bis zum Jahresende 2008 ein Konzept für einen Gedenkort entwickelt.

Danach sollten zentrale Bereiche des ehemaligen Lagers durch landschaftsgestalterische Maßnahmen kenntlich gemacht und mit einer Gedenk- und Dokumentationstafel (Luftbildaufnahme und Zeichnung des Lagers 'Saure Wiese', grafische Darstellung sonstiger Lager des BV) versehen werden. Das Ziel bestand darin, vor allem junge Menschen an die Themen Zwangsarbeit, Nationalsozialismus bzw. Rechtsextremismus heranzuführen.“

In der Folgezeit konnten Fragen der Finanzierung, des künstlerischen Konzeptes und der landschaftsplanerischen Umsetzung geklärt werden. Die Kortum-Gesellschaft und der bekannte Bochumer Künstler Marcus Kiel konnten für die Unterstützung des Projektes gewonnen werden. Neben Gedenk- und Informationstafeln werden fünf, von Marcus Kiel entwickelte und gestaltete, rechteckige bis zu 3 m breite Installation aufgestellt werden. Zusammen mit der Bepflanzung, die an die Standorte der Zwangsarbeiter-Baracken erinnert, soll so ein „historischer Ort eine Stimme bekommen und aus der Anonymität herausgeholt werden“. Wir werden über die weitere Realisierung des Projektes in den Antifaschistischen Bochumer Blättern informieren.

Klaus Kunold/Günter Gleising

Aktuell

„Kriminelles Spektrum“

Nazi-Verein verboten

Die Internet Zeitung bo-alternativ schreibt am 21. September „Der Bundesinnenminister hat heute den Nazi Gefangenenhilfsverein HNG verboten. Vorsitzende des Vereins war bisher die in Bochum wohnende Daniela Wegener. Sie ist Lebensgefährtin des NPD-Landesvorsitzenden und Bochumer Ratsmitglied Claus Cremer.“

In einer Presseinformation des Bundesinnenministeriums wird mitgeteilt, dass die HNG bereits im Herbst vergangenen Jahres Ziel einer breit angelegten Durchsuchungsaktion war. Die zwischenzeitlich ausgewerteten Funde verdeutlichen deren antidemokratische Zielsetzung und Verherrlichung des Nationalsozialismus. Unter dem Motto „Drinne wie draußen eine Front“ bestärkt die HNG unter dem Deckmantel einer vermeintlich karitativen Betreuung von Strafgefangenen inhaftierte Rechtsextremisten in ihrer nationalistischen Überzeugung. Demnach ist es gerade nicht ihr Ziel, straf-

fällig gewordene Rechtsextremisten zu resozialisieren, sondern im kriminellen rechtsextremistischen Spektrum dauerhaft zu verankern.

Die VVN - BdA Bochum sieht in dem Verbot der HNG einen Schritt in die richtige Richtung, der ohne den Druck der Öffentlichkeit und die nach wie vor breite Forderung nach einem Verbot der NPD nicht erfolgt wäre. Als nächster Schritt ist deshalb ein Rückzug der Informanten der Bundesnachrichtendienste aus dieser Partei und ein Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht notwendig. **NONPD.**

Gedanken zum 3. Oktober:

Blühende Landschaften

...und niemand wird es schlechter gehen in Deutschland, dafür vielen besser! Das versprach Bundeskanzler Kohl vor über 20 Jahren. Wer den 3. Oktober 1990 („Tag der deutschen Einheit“) aus dem weltpolitischen Zusammenhang reißt, kann diesen Tag nicht erklären. Voraussetzung zum Verständnis dieses Tages wäre eine Analyse der politisch-ökonomisch-historischen Rahmenbedingungen angefangen mit dem 30. Januar 1933.

Sieger schreiben Geschichte

Aber die Geschichte wird von den Siegern geschrieben, die kein gutes Haar an den Besiegten lassen. In Bezug auf die DDR nannte der damalige Justizminister Kinkel das 1991 „Delegitimierung der DDR“ – als Empfehlung an die „unabhängige“ Justiz, die alsbald aus der alten BRD kommend alle wichtigen Positionen im Justizapparat der gerade vergangenen DDR einnahm. Die Dämonisierung der DDR begann. Das durch nichts definierte Prädikat „Unrechtsstaat“ wurde von den Siegern zur Kennzeichnung der DDR eingeführt. Überlegungen des SPD-Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt (1994-2002), Reinhold Höppner, wurden nicht weiter beachtet: Höppner sagte u.a.: „Daß in der DDR Unrecht geschehen ist, wird niemand bezweifeln. Aber das reicht nicht aus, diesen Staat zu charakterisieren. Wer wollte unterstellen, dass es in der ehemaligen Bundesrepublik kein Unrecht gegeben hätte? Ab wieviel Unrecht ist ein Staat ein Unrechtsstaat? Was wäre eigentlich, wenn zur Einschätzung dieser Frage in jedem Staat alle Dokumente des Geheimdienstes öffentlich zugänglich gemacht werden müßten?“¹ Gerade Mitglieder der VVN, auch in Bochum, können vom Unrecht in der Bundesrepublik ein Liedchen singen, als sie in den 1950/60er Jahren verfolgt wurden und in Gefängnissen landeten, weil sie für Frieden und Völkerverständigung eintraten.² Als Lothar de Maizière, CDU, letzter Ministerpräsident der DDR, im August 2010 sagte, dass die DDR kein vollkommener Rechtsstaat, aber auf keinen Fall ein Unrechtsstaat gewesen sei, brach eine Welle von Empörung über ihn hinein. Für ihn spricht:

Nur ganz wenige Funktionsträger der ehemaligen DDR wurden strafrechtlich verurteilt. Dennoch oder gerade deshalb erlebt die Totalitarismusverbunden mit der Extremismusideologie eine ungeahnte Renaissance.

Nachdem die **roll-back-Politik**, militärische Befreiung „des Ostens“ vom „kommunistisch-atheistischen Joch“ endgültig durch die **containment-Politik** abgelöst wurde, galt es, die Sowjetunion totzurüsten.³ Unter anderem deshalb war es dann 1989/90 so weit. Deutschland wurde „wiedervereinigt“. Das bedeutete auch das „ius ad bellum“, das Recht auf Kriegsführung, denn durch die 2plus4-Verträge wurde Deutschland endlich ein souveränes Land. Auf die vielen Brüche dieser Verträge kann hier nicht eingegangen werden. Die Entwicklung lief so schnell, dass 9 Jahre nach der „Wiedervereinigung“ die Medien im März 1999 stolz verkündeten: „Deutsche Bomber in der ersten Reihe“ beim NATO-Überfall auf Jugoslawien oder in der Sprache der Sieger: Krieg gegen einen neuen Hitler zur Vermeidung eines „neuen Auschwitz“, also humanitäre Operationen oder Missionen mit Bomben und Raketen.

Dass es 1990 und danach nie zu einer breiten öffentlichen Diskussion über den **alten** Grundgesetzartikel 146 gekommen ist, dass es auch nie zu einer Diskussion über den **neuen** Artikel 146 kommt, sei nur am Rande als Indiz für den Zustand der Demokratie vermerkt. Sehr vertraulich wurde in einem kleinen Gremium am 30.1.1990 beschlossen, bloß nicht den Artikel 146 des Grundgesetzes anzuwenden, sondern einfach den Artikel 23 (alte Fassung!).⁴

Tag der Einheit in einem gespaltenen Land

Das Ende der staatssozialistischen Länder läutete eine neue Weltordnung (so Präsident Bush sen. 1991) ein. Seitdem entfaltet sich der globale neoliberale Kapitalismus ohne irgendwelche Beißhemmungen. Und selbstverständlich gehören Kriege dazu. Auch „deutsche Bomber in der 1. Reihe“ werden seit 1999 zur Selbstverständlichkeit.

Auch das hat die Einheit gebracht, deren wir am „Tag der Deutschen Einheit“ gedenken sollten: Ein sozial gespaltenes Land: Im Osten wird noch weniger verdient, gibt es noch weniger Rente, Bildung, medizinische Versorgung, kulturelle Angebote. Der Osten ist systematisch deindustrialisiert worden. Der spätere Bundespräsident Horst Köhler, 1990 Staatssekretär im Finanzministeriums Theo Waigels, beauftragte Thilo Sarrazin mit den Arbeiten zu einem „offensiven Lösungsweg“ zum Anschluss der DDR, weil Helmut Kohl die Chance zur Wiederwahl damit verknüpfte. Die „Treuhand“ war geboren.

Das Ergebnis war:

1. Die staatssozialistischen Eigentumsverhältnisse wurden in kurzer Zeit auch mit brachialen Mitteln in kapitalistische überführt.
2. Sämtliche Einrichtungen des Staatsapparates der DDR wurden blitzschnell mit westdeutschem Leitungspersonal besetzt.
3. Die Delegitimierung von allem und jedem, der mit Sozialismus etwas zu tun hatte, lief sofort an.

Fortsetzung auf S. 7

Fortsetzung von S. 7

Blühende Landschaften

Jeder Gedanke an Sozialismus musste unterdrückt werden, indem die Geschichte des Sozialismus als unmenschlicher Irrweg von Anfang an dargestellt wird.

4. Der Antifaschismus wurde durch die Wiedergeburt der Totalitarismus-Doktrin diskriminiert.

Aus 600 Milliarden D-Mark (so die Schätzung der Treuhandanstalt) Volksvermögen der DDR und Vollbeschäftigung gelang es in 5 Jahren 275 Milliarden Schulden und 2,5 Millionen Arbeitslose zu machen. Die Freiheit des Kapitals forderte seine Opfer.

Am 3. Oktober werden die Sieger uns die Geschichte wieder verbindlich deuten und sie erklären uns die freie Marktwirtschaft als allein seligmachende Religion. Und wer auf Hunger, Elend, Angst, Kriege, Ausplünderung von Natur und Mensch und ständig wachsende Wirtschafts- und Finanzkrisen hinweist, wird kriminalisiert, psychiatrisiert, diskriminiert oder ist dogmatischer Kommunist, wenn nicht gleich Stalinist.

Es lohnt sich, am 3. Oktober über einiges nachzudenken. Dieser Beitrag soll dazu anregen.

Wolfgang Dominik

¹ Vgl. Heinrich Senfft, Die sogenannte Wiedervereinigung, Berlin 1999, hier: S. 11f).

² vgl. z.B. das Lebenswerk Heinrich Hannovers, www.nrw.vvn-bda.de/texte/0165_jw_justizgeschichte.htm und http://www.bo-alternativ.de/VVN/dokumente/Geschichte_VVN.pdf.

³ vgl. Jürgen Bruhn, Der Kalte Krieg oder: Die Totrüstung der Sowjetunion, Gießen 1995

³ vgl. Horst Schneider, Artikel 23, Kein Anschluß unter dieser Nummer, Dresden 2011; Michael Schneider, Die abgetriebene Revolution, Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie, Berlin, 2. aktualisierte Aufl. 1991; Ralph Hartmann, Die DDR unterm Lügenberg, Hannover 2007; Gregor Schirmer, Anschluß statt Einheit, in: Junge Welt, 13.9.2010; Otto Köhler, Die große Enteignung, Wie die Treuhand eine Volkswirtschaft liquidierte, Berlin 2011 (Fernsehdokumentationen zur „Treuhand“ heißen denn auch richtig „Beutezug Ost“)

Erklärung der VVN-BdA:

Den Naziterror stoppen!

Die VVN – BdA Bochum verurteilte den Anschlag am 22. Juli in Oslo und auf der Ferieninsel Utoya, der viele Todesopfer und Verletzte forderte. „Wir verabscheuen zutiefst diesen von einem Faschisten verübten Anschlag“, heißt es in einer Erklärung der Bochumer AntifaschistInnen.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen schreibt weiter: „Vergessen dürfen wir nicht, dass auch in Deutschland in den letzten Jahren 137 Menschen durch Neonazis ermordet worden sind, dass täglich mehrere neofaschistische Gewalttaten stattfinden, dass auch direkt in Bochum in den letzten Monaten Antifaschistinnen und Antifaschisten körperlichen Angriffen von Neonazis ausgesetzt waren, dass antifaschistische Denkmäler und Holocaust-Erinnerungsstätten von NeofaschistInnen zerstört oder z. B. mit Hakenkreuzen besprüht worden sind. Im Klima einer zunehmenden Ak-

zeptanz von verunglimpfenden Aussagen geistiger Brandstifter, deren Veröffentlichungen millionenfach gekauft und wahrscheinlich auch gelesen werden, darf sich keineswegs wieder die These vom verwirrten Einzeltäter durchsetzen. Fremden- und islamfeindliche verbunden mit antisemitischen Einstellungen vertreten je nach Fragestellung über die Hälfte der deutschen BürgerInnen.

Die VVN - BdA Bochum fordert, neofaschistische Straftaten und Agitationen viel intensiver wahrzunehmen und rechtlich endlich mit allen gesetzlichen Mitteln zu ahnden.“

Geschichte

September 1941:

Die deutschen Juden müssen den „gelben Stern“ tragen

Im September 1941 mussten sich die deutschen Juden einen handtellergroßen, gelben Stern auf die linke Brustseite ihrer Oberbekleidung annähen.



Er war schwarz umrandet und trug die Aufschrift „Jude“ in schwarzen, die hebräische Schrift parodierenden Buchstaben. Die Stigmatisierung schloss praktisch den Prozess der Ghettoisierung ab und signalisierte zugleich den Beginn der planmäßigen, systematischen Deportation der Juden in die Konzentrations- Vernichtungslager und Chettos ab.

Am 23. September führte die VVN - BdA Bochum zu diesem Thema eine Informationsveranstaltung durch, die von Dr. Hubert Schneider, der in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Untersuchungen über deutsche Juden, vor allem auch in Bochum, veröffentlicht hat, gestaltet wurde.

Impressum

Herausgeber: VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum. **V.i.S.d.P.:** Klaus Kunold, 44799 Bochum. **Druck:** Copypoint. **Satz:** Anke.Pfromm@ruhrecho.de. **Auflage:** 1.000. Konto Nr. 463 097 46, Sparkasse Bochum, BLZ: 430 500 01. Internet: www.vvn-bda-bochum.de. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Aktuell

Massive Gewalt gegen AntifaschistInnen und BlockiererInnen in Dortmund

Polizei räumt Dortmunds Straßen frei

Mehrere tausend Menschen haben am 3. September in Dortmund gegen den neofaschistischen »Nationalen Antikriegstag« demonstriert. Dem Aufruf der extremen Rechten waren etwa 700 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet gefolgt. Damit blieb die Teilnehmerzahl weit hinter den Erwartungen der Dortmunder Neonaziszene zurück. Einzig dem Schutz durch die etwa 4.000 eingesetzten Polizeibeamten war es zu »verdanken«, daß es den militanten Rechten überhaupt möglich war, durch die nördliche Innenstadt der Ruhrgebietsmetropole zu marschieren. Trotz der von den Beamten für die Neofaschisten hermetisch abgeriegelten Demonstrationszone war es Gruppen von Nazigegnern an einzelnen Stellen gelungen, in diese vorzudringen und die Straßen zu blockieren. Die Polizei ging mehrfach mit brutaler Gewalt gegen friedliche Sitzblockierer vor. Auch Wasserwerfer, Schlagstöcke und Pfefferspray kamen am Sonnabend gegen Antifaschisten zum Einsatz. Insgesamt wurden etwa 270 Gegendemonstranten fest- bzw. in Gewahrsam genommen, von denen rund ein Drittel noch minderjährig war. Mehrere Dutzend Nazigegner wurden verletzt.

Das bundesweite antifaschistische Bündnis »Dortmund stellt sich quer!«, das zur Blockade des Naziaufmarsches aufgerufen hatte, warf der Polizei in einer Stellungnahme vor, »in Fortsetzung ihrer jahrelangen Tradition den Nazis gegenüber auf Verständnis und den AntifaschistInnen gegenüber auf Eskalation gesetzt« zu haben. ...

Bereits am Freitag abend demonstrierten etwa 400 Personen »Gegen imperialistische Kriege und Nazigewalt«. Sie zogen vor die Wohnhäuser und das sogenannte Nationale Zentrum der Rechten in den Dortmunder Stadtteil Dorstfeld, der als Hochburg der »Autonomen Nationalisten« gilt.

Aus: *junge Welt* 05.09.2011
Von Markus Bernhardt, Dortmund

Aktuell

DGB NRW:

Kurswechsel in der Friedens- und Sicherheitspolitik notwendig

Anlässlich des Antikriegstages 2011 fanden in Nordrhein-Westfalen zahlreiche DGB-Veranstaltungen statt. Zum Antikriegstag am 1. September 2011 erklärt Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW:

„Der DGB NRW fordert die Politik zu einem Kurswechsel in der Friedens- und Sicherheitspolitik auf. Zehn Jahre nach Beginn des Afghanistankrieges ist die Situation für die Menschen schlimmer denn je, täglich erreichen uns Meldungen über Opfer der Kampfhandlungen. Der Bundeswehreininsatz in Afghanistan muss daher so schnell wie möglich beendet und stattdessen die Zivilgesellschaft stärker unterstützt werden.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr zur Interventionsarmee lehnen wir entschieden ab. Um den zahlreichen Krisenherden auf der Welt zu begegnen, müssen wir vielmehr auf zivile politische Konfliktlösungen und auf humanitäre Hilfe setzen. Dafür muss der Rüstungsetat verkleinert und die zivile Hilfe massiv aufgestockt werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für eine atomwaffenfreie Welt einzusetzen. Noch immer sind über 23.000 Atomwaffen einsatzbereit. Nach wie vor befinden sich auch auf deutschem Boden Atomwaffen. Das Ende der zivilen Nutzung der Atomkraft muss auch das Ende aller Atomwaffen sein.“

Aus: PM 063 (DGB-NRW)

Stadtrundgänge

Sonntag, 9.10.2011, 14.00 Uhr:

Auf den Spuren Otilie Schoenewalds

Sonntag, 16.10.2011, 14.00 Uhr:

Bochum in der NS-Zeit

Treffpunkt jeweils Rathausplatz (Glocke).
Die Rundgänge leitet Wolfgang Dominik.

Bhf. Langendreer / VVN - BfA

Do., 20.10. - So., 20.11.2011

Ausstellung:

**»Betrifft: Aktion 3 –
Deutsche verwerten jüdische
Nachbarn«**

Die Ausstellung dokumentiert die massenhafte Beteiligung der deutschen, nicht-jüdischen Bevölkerung am ganz legalen Raub jüdischen Eigentums, an der »Schnäppchenjagd« der »VolksgenossInnen« nach der Deportation ihrer jüdischen Nachbarn. Und sie dokumentiert den Platz, den die Finanzämter in der Vernichtungspolitik gegen die jüdische Bevölkerung einnahmen.

Do., 20. Oktober 2011, 19.30 Uhr

Eröffnungsvortrag von Prof. Dr. Wolfgang Dreßen zur Ausstellung:

**»Deutsche verwerten
jüdische Nachbarn«**

Ev. Stadtkademie / Ev. Forum

Di., 25. Oktober 2011, 17.00 Uhr

Bo-Innenstadt, Ecke Massenbergestr./Schützenbahn

Einweihung der Stele

**»Anfänge jüdischen Lebens
in Bochum«**

mit Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz

Zentrale Gedenkveranstaltung

73. Jahrestag der Reichspogromnacht

Harmoniestraße / Ecke Dr.-Ruer-Platz

Mittwoch, 09.11.2011, 17.00 Uhr

Grußworte

Dr. Ottilie Scholz Oberbürgermeisterin

Grigory Rabinovich Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde

Beiträge von:

SchülerInnen der Goethe-Schule erinnern an das jüdische Leben in der Goethestraße und Evangelischer Jugendposaunenchor Bochum-Linden e. V.

Kaddisch (Totengebet)

Dr. Winiz Rabbiner